

# Wertstoffhof: Ortspolitiker fordern Öffnung

Zumindest Grünschnitt müsse man abgeben können, heißt es. Der Abfallverband hat einige Argumente dagegen.

Von Anja Carolina Siebel

Der Bergische Abfallwirtschaftsverband hatte es Mitte März entschieden: Alle BAV-Wertstoffhöfe sind seit Dienstag, 17. März, geschlossen. Die kommunale Schadstoffsammlung wurde ebenfalls eingestellt. So ruht an der Albert-Einstein-Straße derzeit der Betrieb. Alle kostenpflichtige Wertstoffe von gewerblichen Betrieben können dort abgegeben werden.

Politische Fraktionen greifen das Thema jetzt auf und regen an, den Wertstoffhof zumindest für die Abfuhr von Grünabfällen zu öffnen. Auch Bürgermeister Rainer Bleek unterstützt diesen Vorschlag und kündigt an, das Gespräch mit dem Bergischen Abfallwirtschaftsverband zu suchen.

## SPD sieht die Gefahr der illegalen Entsorgung

Die SPD-Fraktion fragt sich, „ob die derzeitige, vollständige Schließung des Wertstoffhofes in der Albert-Einstein-Straße in Wermelskirchen für alle Wermelskirchener Bürger tatsächlich nötig“ sei. Die Garten-



saison beginne gerade, und durch die massiven Ausgangsbeschränkungen hätten viele Bürger auch Zeit für die jetzt notwendigen Arbeiten im heimischen Garten.

„Zurzeit besteht allerdings keine Möglichkeit, die Gartenabfälle ordnungsgemäß zu entsorgen. Dadurch besteht die Gefahr, dass Grünschnitt und andere Gartenabfälle öfter illegal entsorgt werden“, gibt SPD-Fraktionsvorsitzender Jo-

chen Bilstein zu bedenken. Die Tätigkeiten auf dem Wertstoffhof müssten doch sicher so organisiert werden können, dass der notwendige Abstand von Personen eingehalten werden kann, findet der SPD-Politiker.

Die SPD-Fraktion bittet daher, zu prüfen, ob es möglich ist, den Wertstoffhof zu den seit Januar geltenden Öffnungszeiten (Dienstag, Donnerstag und Samstag) oder wenigstens eingeschränkt wieder

zu öffnen. WNK/UWG-Fraktionsvorsitzender Henning Rehse ist gleicher Ansicht. Er berichtet, bereits einen Fragenkatalog an den Bergischen Abfallverband geschickt zu haben. Rehse selbst ist Mitglied in der BAV-Verbandsversammlung.

Der Kommunalpolitiker will etwa wissen, was die „Freiluftveranstaltung Wertstoffabgabe“ mit dem Thema Corona zu tun habe. Es erschließe sich

ihm nicht, wieso eine mögliche Gefährdungslage bei der Abgabe gewerblicher Wertstoffe eine andere als bei der Abgabe kommunaler Wertstoffe von Bürgern sei. Und er zieht auch einen Vergleich zu Nachbarstädten wie Remscheid, bei denen die Wertstoffhöfe noch geöffnet sind.

Annette Göddertz vom Bergischen Abfallwirtschaftsverband hat eine Erklärung: „Unsere Teams rotieren, das heißt, sie sind mal am Wertstoffhof und während einer anderen Zeitspanne zum Beispiel in der Müllentsorgung. Würde eine größere Anzahl an Mitarbeitern ausfallen, wären diese wichtigen Bereiche gefährdet. In enger Zusammenarbeit mit dem Krisenstab der Kreisverwaltung sei die Entscheidung gefallen, die Wertstoffhöfe erst einmal für private Nutzer zu schließen. Göddertz: „Wir sind aber in enger Abstimmung und werden das sicher noch mal diskutieren.“ In Notfällen, beispielsweise bei einer dringend notwendigen Räumung von Wohnungen, ist der Abfallverband für Bürger unter ☎ (0 22 63) 805 535 erreichbar.

Im Januar hatten Stadt und Abfallverband den Wertstoffhof an der Albert-Einstein-Straße gemeinsam eröffnet. Jetzt bleibt er temporär geschlossen.  
Foto: Siebel

# Geschlossener Wertstoffhof sorgt bei Politikern für Unmut

VON UDO TEIFEL

BH 01.04.2020

**WERMELSKIRCHEN** SPD und WNKUWG fragen sich, ob die derzeitige vollständige Schließung des Wertstoffhofes in der Albert-Einstein-Straße für Bürger tatsächlich notwendig ist. In einem Brief an den Bergischen Abfallwirtschaftsverband wie auch an den Bürgermeister vertritt die SPD-Fraktion die Auffassung, dass die Tätigkeiten so organisiert werden könnten, dass der notwendige Sicherheitsabstand von Personen eingehalten werde.

So fange die Gartensaison an, und durch die „leider massiven Ausgangsbeschränkungen“ haben viele Bürger die Zeit für die notwendigen Arbeiten im heimischen Garten, schreibt der Fraktionsvorsitzende Jochen Bilstein. „Zur Zeit besteht allerdings keine Möglichkeit, die Gartenabfälle ordnungsgemäß zu entsorgen. Dadurch besteht die Gefahr, dass Grünschnitt und anderen Gartenabfälle in zunehmendem Maße illegal entsorgt“ würden. Daher bitte die SPD-Fraktion zu prüfen, ob es möglich ist, den Wertstoffhof wenigstens eingeschränkt zu öffnen.

Die WNKUWG-Fraktion unter-

stützt dieses Schreiben. „Die Kollegen der SPD haben das Thema völlig zu Recht aufgegriffen“, so Fraktionsvorsitzender Henning Rehse. Für ihn sei die Abgabe von Wertstoffen eine „Freiluftveranstaltung“ – was habe das mit Corona zu tun? Und wieso sei eine mögliche Gefährdungslage bei der Abgabe (kostenpflichtiger) gewerblicher Wertstoffe eine andere als bei der Abgabe (gebührenfreier) kommunaler Wertstoffe?

Nach Information von Michael Faubel, ehemaliges Grünen-Ratsmitglied, hätten am Samstag viele Wermelskirchener versucht, in Remscheid ihren Grünschnitt zu entsorgen. Rehse: „Wieso ist die Gefährdungslage in Remscheid eine andere als in Wermelskirchen?“

Die Schließung der Wertstoffhöfe, so BAV-Sprecherin Annette Goedertz, sei erfolgt in Abstimmung mit den Krisenstäben in Rhein-Berg und Oberberg: „Hier geht es um Kontaktvermeidung.“ Zudem habe der BAV Teams gebildet, zu denen auch die Mitarbeiter der Wertstoffhöfe gehörten, um im Krisenfall die Müll-Entsorgung sicherzustellen. „Über die Anliegen auch der Politiker sind jetzt die Krisenstäbe informiert worden. Dort wird entschieden.“

# WNKUWG: statt Rettungsschirm eine Stabsstelle

BH 25.04.2020

**WERMELSKIRCHEN** (tei-) Während die SPD mit einem Gegenvorschlag zum lokalen Rettungsschirm der CDU kam, distanziert sich die WNKUWG in einer Erklärung von einem Wettbewerb. Stattdessen macht Henning Rehse einen Verfahrensvorschlag. „Politiker sollten nicht am grünen Tisch Vorschläge machen und über deren Sinnhaftigkeit und Finanzierbarkeit kontrovers diskutieren und entscheiden – alle Betroffenen sollten die Möglichkeit erhalten, sich zu artikulieren, wo der Schuh am stärksten drückt und welche Lösungsvorschläge sie haben. Deshalb schlägt die Fraktion vor, eine Stabsstelle im Rathaus einzurichten, an die sich Betroffene wenden können. Dort schildern sie ihre Probleme und Anliegen und machen Lösungsvorschläge im Rahmen der kommunalen Zuständigkeit. Die Stabsstelle sollte dann schauen, ob und wie sofort im laufenden Geschäft geholfen werden kann oder macht Lösungsvorschläge. Die könnten als Eilbeschluss sofort umgesetzt oder der Politik zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Rehse: „Betroffene müssen eingebunden werden. Sie wissen am besten, wo die Probleme sind.“

## WNK/UWG hat Vorschlag zum Rettungsschirm

BH 1 WG A 25.04.20

Während die SPD mit einem Gegenvorschlag zum lokalen Rettungsschirm der CDU kam, distanziert sich die WNK/UWG von einem Wettbewerb. Stattdessen macht Henning Rehse einen Verfahrensvorschlag. „Politiker sollten nicht am grünen Tisch Vorschläge machen – alle Betroffenen sollten sich artikulieren können, wo der Schuh am stärksten drückt und welche Lösungsvorschläge sie haben. Deshalb schlägt die Fraktion vor, eine Stabsstelle im Rathaus einzurichten, an die sich Betroffene wenden können. tei